

Schweizer AHV-Reform Mehrwertsteuer könnte wieder steigen – Parteien kritisieren Bundesrat

BERN Der Bundesrat hat mit seinen Vorschlägen zu einer neuen AHV-Reform von den politischen Akteuren kaum Zustimmung geerntet. Sowohl das höhere Rentenalter für Frauen, als auch die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer stossen auf Ablehnung. Letzteres würde automatisch auch Liechtenstein betreffen.

Bundesrat riskiert Scheitern

Der Widerstand gegen das Rentenalter 65 für Frauen konzentriert sich auf das linke Spektrum. Die SP findet die Reformvorschläge inakzeptabel. Die sozialste Form der AHV-Finanzierung geschehe über Lohnbeiträge, hiess es in einem SP-Communiqué. Deshalb sei die Partei für den Vorschlag des Ständerats zur Steuervorlage 17. Diese sieht eine solche Erhöhung vor. Die Arbeitgeber hingegen wollen «strukturelle Massnahmen»

wie eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters in den kommenden Jahren. In anderen europäischen Ländern sei dies «längst in die Politik eingeflossen», schrieb der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV).

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,5 Prozent stösst bei SVP, FDP, CVP und dem Gewerbeverband auf Widerstand. Die SVP fordert stattdessen weitere Bundesgelder zur Sicherung der AHV. Die FDP will in der Vernehmlassung die Massnahmen einbeziehen, die in der Steuervorlage 17 zur AHV-Finanzierung vorgesehen sind, wie die Partei mitteilte. Auch die CVP setzt auf die Reform der Unternehmensbesteuerung. Mit der Erhöhung des Frauenrentenalters sind die drei Parteien einverstanden. Für die FDP ist dieser Schritt «fair und sinnvoll». Mittelfristig brauche es aber eine umfassendere Reform, wel-

che die strukturellen Probleme in der ersten und zweiten Säule anpacke. Die CVP plädiert für eine Angleichung des Rentenalters «in mehreren Schritten». Dafür brauche es auch eine «moderate» Erhöhung der Mehrwertsteuer.

«Kuhhandel» beenden

Die Grünliberale Partei Schweiz (GLP) ist einverstanden mit der Stossrichtung der bundesrätlichen AHV-Reform, auch mit der Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer. Nicht einverstanden ist sie mit der Verbindung der Steuervorlage 17 mit der einer AHV-Zusatzfinanzierung über Lohnbeiträge. Im Nationalrat werde sie deshalb eine Trennung der beiden Vorlagen verlangen, kündigte die GLP an. Der «Kuhhandel» des Ständerats gefährde die vorliegende AHV-Reform. (sda)